

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.16 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.16 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.16 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18068.

Inserate kosten die 7gespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg., bei Plakatschrift 85 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die 180ige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4598 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2791.

Die Isonzofschlacht geht weiter.

Keine Krise, aber

Ganz gleich, welche Lösung man für den Augenblick wählt, es wird sich dabei nur um Uebergriffsmassnahmen handeln. Nach der Unterwerfung des Kanzlers am Mittwoch unter den Willen der Reichstagsmehrheit besteht eine direkte Krise nicht. Aber ein feindschaftlicher Zustand wird solange anhalten, bis die Neuordnung der politischen Einrichtungen Deutschlands in der Hauptsache erfolgt ist.

Mit diesen nicht sehr zupersichtlichen Worten schließt die Chemnitzer Volksstimme vom Freitag, ihren Artikel, der die Weberschrift trägt: Eine neue Krise? Und die Z. R. schreibt in einem Aufsatz, der die bezeichnende Spitzmarke hat: Bleibt Michaelis Reichskanzler?, daß die vorläufige Beilegung des Konflikts in keiner Weise genüge. Dabei steht die Z. R. die Dinge noch viel rosigger als z. B. der Vorwärts, der in seiner Freitagnummer, wie wir gestern schon anmerkten, den Kanzler förmlich beschützt; jene alldeutschen Blätter abzuschnitteln, die von ihm behaupten, daß er seine wahre Meinung vor der Reichstagsmehrheit verberge, daß er nur auf den Augenblick warfe, wo er ihre Fesseln abschütteln könne. Die Z. R. teilt die letzten Zweifel des Vorwärts nicht, aber hält es mindestens nicht für praktisch, das zu verraten. Sie versichert, man könne ehrlicher-weise gar nicht anders, als annehmen, daß der Kanzler den später von ihm zurückgezogenen Satz nicht habe sagen wollen, daß er nicht richtig ausgedrückt, was der Kanzler meinte. Er habe sich ungeschickt ausgedrückt, und das könne jedem Menschen einmal passieren, wenn ein solcher Fehltritt in einer entscheidenden Frage beim Beginne des Amtsantritts für den Kanzler auch nicht gerade angenehm sei. — Ob diese Beschwichtigungen in den Kreisen der Regierungsozialisten viele Gläubige finden werden, lassen wir dahingestellt. Der klare Wortlaut jenes zurückgenommenen Satzes, in dem Herr Michaelis erklärte, er habe sich niemals auf den Boden der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit gestellt, ist so unabweislich, daß uns alle diese Versuche der nachträglichen Vertuschung als höchst ausfallslos erscheinen müssen. Wer sich über die Bedeutung der beiden Erklärungen des Herrn Michaelis in der Ausschussitzung Täuschungen hingibt, der muß schon getäuscht sein wollen. Es ist vermeintliche schlaue politische Taktik, dieses Nichtsehenwollen: Die Herren Regierungsozialisten und die andern Glieder des Mehrheitsblocs, von denen man übrigens nie weiß, wie weit sie mit dem Herzen bei der Blocksache sind, glauben, daß sie auf solche Weise den Kanzler „festlegen“ können. Und einige ihrer Blätter geben sogar indirekt zu erkennen, daß sie die Versicherung, der Herr Kanzler habe seine ursprüngliche Absicht an die Friedensresolution nicht so böse gemeint oder überhaupt gar nicht tun wollen, nicht ernst nehmen, daß sie aber einen Erfolg des Mehrheitsblocs darin sehen, daß er den Kanzler zum Rückzug genötigt habe. Sie vermeinen, daß Herr Dr. Michaelis nach dieser Räumung seiner ursprünglichen Position nunmehr verpflichtet sei, seine Politik nach der Richtschnur zu machen, die ihm die Resolution der Reichstagsmehrheit vorschreibe. Dabei übersehen die Organe schon das eine, daß der Herr Reichskanzler sich bei seinem Rückzug lediglich auf seine Reichstagsrede vom 19. Juli zurückkonzentriert hat, die sie neuerdings wegen des Satzes: „So wie ich sie auffasse“ als ungenügende Bindung erklärt hatten. Diese Erkenntnis war ihnen freilich erst gekommen, nachdem die Herren David und Erzberger im Ausschuss dem Reichskanzler wegen dieser Einschränkung gestellt und damit den ganzen Zwischenfall erst herbeigerufen hatten. Gleich nach dem 19. Juli las man's allerdings anders. Da wurden die Kritiker aus der Unabhängigen Sozialdemokratie, die aus diesem bedeutungsvollen Nachsatz die Wertlosigkeit und Zweideutigkeit der Reichskanzlererklärung schlossen, grob angefahren und als Krakeeler und Nörgler um jeden Preis hingestellt. Diese Nörgler und Kritiker um jeden Preis, die angeblich grundrichtig, weil ihnen der Parteilichkeit höher stehe als die Förderung des Friedens und der Demokratisierung Deutschlands, keinen Erfolg des Mehrheitsblocs anerkennen wollten, sind nun nachträglich durch die Reden der David und Erzberger im Ausschuss glänzend gerechtfertigt. Die beiden Herren haben durch ihre Forderung, der Kanzler müsse die Unklarheit beseitigen, die er durch jenen Nachsatz hervorgerufen habe, alles bekräftigt, was von unserer Seite über die Unklarheit und Zweideutigkeit der Kanzlererklärung vom 19. Juli

seinerzeit geschrieben worden ist. Wenn Herr Dr. Michaelis nun mit dem Rückzug auf diese unklare Erklärung die Krise heilegen und die Reichstagsmehrheit zum Zurückziehen ihrer Gegenerklärung bewegen konnte, so zeigt das schon, wie schlecht der Bruch geleimt worden ist. Aber selbst, wenn wir einmal unterstellen wollten, Herr Dr. Michaelis habe eine klare und unzweideutige Erklärung von sich gegeben, so wäre doch für jeden kritisch Urteilenden nach all dem, was vorausgegangen ist, sicher, daß er nicht mit dem Herzen bei dieser Sache ist, im Gegenteil weit mehr zur rechten Seite neigt und viel lieber einen Kriegszustandfrieden als einen Verständigungsfrieden machen würde, von einem glatten und unzweideutigen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen erst gar nicht zu reden. Der Erfolg der Reichstagsmehrheit würde sich also selbst in diesem für sie günstigsten Fall darauf beschränken, daß sie einen innerlich widersprechenden Reichskanzler vorläufig unter ihrem Willen gebeugt hätte. Welche Aussichten ein solches „herzliches Einverständnis“ eröffnet, braucht nicht weiter angeführt zu werden.

In Wirklichkeit sind denn auch die Herren von der Reichstagsmehrheit keineswegs so entzückt, wie einige ihrer Organe sich stellen. Der allgemeine Eindruck, der sich aus den mancherlei Vertuschungsmanövern der verschiedenen Vorkommnisse gewinnen läßt, ist der der allgemeinen Unsicherheit. Der Kanzler der „traffen Jügelführung“ und des „harten Willens“ hat es nach wenigen Wochen glücklich dahin gebracht, sich zwischen sämtliche Stühle zu setzen und auf allen Seiten Mißtrauen zu erwecken. Einige alldeutsche Organe verfolgen allerdings noch die Taktik, ihn als einen Befechter ihre Sache hinzustellen. Aber maßgebende Organe dieser Richtung lassen den letzten Kanzler bereits fallen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung überschreibt einen Artikel: Der Kanzler für einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung! Die Deutsche Zeitung wirft die Frage auf, ob Dr. Michaelis seiner Aufgabe (wie sie die Alldeutschen verstehen) gewachsen sei und ob er weiteres Vertrauen verdiene; seine zweite Rede sehe wie ein Rückzug vor den drohenden Gehärdn der Herren Verächter und wie Scheu vor dem Konflikt aus. Auf der linken Seite haben wir dieselbe Erscheinung. Neben den zielbewußt vertuschenden Blättern, die den Kanzler auf die Friedenszielresolution der Mehrheit „festlegen“ zu können, gibt es eine ganze Reihe von Stimmen, die mehr oder minder starkes Mißtrauen und Unbehagen zu erkennen geben.

Der Mehrheitsblock will aus dieser Atmosphäre der Unsicherheit heraus, was man ihm sicherlich nicht verdenken kann. Aber den offenen Kampf gegen den Reichskanzler scheut er. Die rückstichlose Aktion für das parlamentarische System möchte er vermeiden, zumal ja das Zentrum diesem völlig abgeneigt ist. Die vielbeliebte Unbestimmtheit „Parlamentarisierung“ soll aus der Klemme helfen. Und dieser bedenkliche Erfolg soll auf dem Marsche sein. Die Bösische Zeitung weiß zu berichten, daß in den einzelnen Reichstagsfraktionen Erwägungen schweben, um für eine Neugestaltung im Sinne der Mitverantwortlichkeit des Reichstags für die Regierungsmassnahmen einen Weg finden, auf den sich ein möglichst großer Kreis parlamentarischer Gruppen einigen könne. Immer mehr trete der Gedanke in den Vordergrund, Vertrauensmänner der Parteien als vollberechtigte Mitglieder in die Reichsregierung zu entsenden. An dem Verhältnis dieser Parlamentarier zu ihrer Fraktion solle durch die Berufung in die Regierung nichts geändert werden. Als erster Schritt zu dieser „Reform“ wird der Geheimauschuss ausgegeben, der dem Kanzler bei der Abfassung der Antwort auf die Papstnote zur Seite stehen soll. Er soll aus sieben Personen bestehen, und zwar aus je zwei Mitgliedern des Zentrums und der Regierungsozialisten und je einem Mitgliede der fortschrittlichen Volkspartei, der Nationalliberalen und der Konservativen. Ueber die Dauer dieser Einrichtung gehen die Ansichten auseinander. Einige Blätter sehen in ihr den künftigen „Reichsrat“ oder „Staatsrat“, der die Regierung unter die parlamentarische Kontrolle bringen soll. Der Vorwärts meint, daß ein solcher siebenköpfiger parlamentarischer Beirat besser wäre als der ursprünglich geplante aus Parlamentariern und Staatswürdeträgern zusammengesetzte Reichsrat. Aber es könne selbstverständlich das Wort nicht im Vorwärts allemal ein, wenn etwas durchaus nicht selbstverständlich ist) nur als Glied einer Einrichtung angenommen werden, an deren Ende das parlamentarische System stehe. — In Wirklichkeit wäre dieser Geheimauschuss ein jamales

Mittel, die Reichstagsfraktionen im Sinne der Regierung zu beeinflussen. Er soll ja bekanntlich dazu dienen, dem Hauptausschuss die wichtigsten vertraulichen Mitteilungen vorzuenthalten. Die Mitglieder des Beirats sollen alles, was sie an solchen Sachen zu hören bekommen, streng im Buken bewahren und ihre Fraktionen wären also darauf angewiesen, die Meinungen dieser Herren auf Treu und Glauben hinzunehmen. Es ist genau das Gegenteil einer Annäherung an den Parlamentarismus, was sich da vollzieht.

Die erste Frucht dieser „Parlamentarisierung“ werden wir in der Antwort der deutschen Regierung auf die päpstliche Note gesehn. Daß er auch eine Lösung der inneren elass-löhringischen Frage im Sinne der Reichstagsmehrheit zeitigen werde, wird von den offiziellen Organen bereits bestritten. Herr Michaelis will auf eine solche Lösung nicht festgelegt werden.

Daß eine Klärung, ein Herauskommen aus der Atmosphäre der Unsicherheit notwendig ist, sagen sich die Organe der Regierungsozialisten selber. Und wenn sie es nicht selbst erkennen würden, die Stimmen des Auslands mühten es ihnen sagen, die aus dem Zwischenfall im Haushaltsauschuss Kapital schlagen. Englische und französische Blätter erklären, daß nach diesen Vorgängen gar keine Garantie dafür gegeben sei, daß die deutsche Regierung zu einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen bereit sei. Es zeigt sich eben wieder, daß die ganze gegenwärtige Friedensarbeit der Regierungsozialisten für die Sache ist, da sie nicht Manns genug sind, Klarheit zwischen sich und der Regierung zu schaffen. Sie sehen, daß die latente Krise da ist. Einen krisenhaften Zustand nennt es die Chemnitzer Volksstimme. Sie rüft nach Mitteln, ihn zu beseitigen. Aber mit ihrer Taktik des Vertuschens werden die Herren Regierungsozialisten das Ziel niemals erreichen. Sie werden im krisenhaften Zustand weiter wursteln, bis es zu spät ist.

Barvus.

Auf unsere Aufforderung vom 15. d. M., daß Dr. Seyhand-Parvus seine im Vorwärts wiedergegebene zweideutige Aeußerung „gerade Lenin“ und die andern namentlich aufgeführten Bolschewiki hätten von ihm kein Geld erhalten, ichen nicht in nicht mißzuverstehender Weise ergänzen möchte, damit nicht noch weiteres Unheil entsteht, antwortet Parvus am 21. d. M. — mit einer Schimpfepistel gegen uns in der Internationalen Korrespondenz. Seine Beschimpfungen, in denen es von Worten wie „Zworte“, „Lumpen“, „Gistritze“ usw. nur so wimmelt, berühren uns nicht, denn Parvus hat sich mit seiner ganzen Tätigkeit während des Krieges so weit von seiner sozialistischen Vergangenheit entfernt, daß seine Aeußerungen — indgen sie lobend oder beschimpfend sein — in der Partei nicht mehr ernst genommen werden können. Je flüchtiger und ärger er um sich schlägt und seine früheren Kampfgenossen beschimpft, desto deutlicher verrät er die Unhaltbarkeit seiner Position und die innere Unsicherheit, die er vergeblich zu maskieren sucht.

Zur Sache selbst beruft Parvus sich auf seinen — im Vorwärts nicht wiedergegebenen — Borden, daß er sein Verhalten die russische Sozialistische Bewegung mit allen Mitteln unerschütterlich habe. Er hat eben, sagt er hinzu, habe er von einem russischen Sozialdemokraten, der auf der Gegenseite stehe, einen Brief erhalten, in dem dieser ihn daran erinnere, daß er stets, auch zur Zeit da er ein Dabem nichts war wie die andern, sein letztes mit seinen Parteifreunden geteilt habe. Diese sentimental-nüchternen Worte sind das geringste. Denn es ist keineswegs dasselbe, ob der „Dabemichts“ und radikale Sozialdemokrat Parvus „sein“ „Recht“ mit seinen Parteifreunden teilt oder ob der Kriegsmilitionär und deutsche Sozialpartei Dr. Seyhand-Parvus nach seinem Bruch mit der russischen Sozialdemokratie durch Geldzuweisungen an „randwellige“ Anstalten etwa versucht haben sollte, irgendwelche Kräfte der russischen Arbeiterbewegung in seinem Sinne zu beeinflussen.

Verdächtig die Bestätigung, daß seine zweideutige Aeußerung im Vorwärts von russischer Seite in diesem Sinne ausgelegt werden könnte, hat, wie wir das in unserm Artikel offen ausgesprochen, uns veranlaßt, eine klare, nicht mißverständliche Aeußerung von Parvus zu verlangen. Würde Parvus wirklich das Interesse an der russischen Revolution nehmen, das er zu haben vorgibt, so hätte er sich selbst bessehn müssen, seine zweideutige Aeußerung im Vorwärts in einem Sinne zu ergänzen, daß auch nicht der Scharten eines Verdachts gegen ihn übrig bliebe. Das hat er bisher nicht getan. Er hat es vielmehr vorgezogen, eine Schimpfpanonade gegen uns in der Z. R. zu eröffnen, in derselben Z. R. die nach Bekanntwerden der russischen Verleumdung gegen den Genossen D. A. L. er habe einem russischen Journalisten in Kopenhagen erklärt: Parvus sei der Vermittler zwischen der deutschen Regierung und den Bolschewiki gewesen, mit hohem Pathos deklarierend, diese würde ein „abscheuliches Verbrechen“ an den russischen Sozialisten begehen, wenn er nicht „endlich klar und unzweideutig“ ihre Aeußerung würde.